

P R O T O K O L L
der 418. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 24. August 2021
Zeit	19.30 – 22.10 Uhr
Ort	Turnhalle der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Messerli Patricia
Mitglieder	Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Brunner Joe, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin, Koelbing Martin, Künti Karin, Lanz Kristina, Lauper Reto, Legler Bettina, Lütolf Roland (bis 21.15 Uhr), Mäder Renate, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar, Thut Walter, Zaccaria Angelo, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmzählende	Bärtschi Daniel, Kaspar Stein
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Heger Petra, Leiterin Hochbau + Planung, zu Trakt. 7
Entschuldigt abwesend	GGR: Arn Daniel Bärtschi Annik Bircher Laura Gashi Hilmi Grütter Urs K. Meichtry Helena von Gunten Adrian
Protokoll	Schlumpf Sarah

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2021	151
2. Kommission für Abstimmungen und Wahlen; Ersatzwahl	151
3. Sitzungstermine 2022	152
4. Legislaturziele mit Massnahmen 2017 – 2020; Schlussbilanz per Ende 2020	152
5. Legislaturziele mit Massnahmen 2021 – 2024	153
6. Verwaltungsbericht 2020 und Muri2020 der Gemeinde Muri bei Bern	156
7. Vorzeitiger Heimfall des Baurechts Gbbl. Nr. 3130 (Rainweg 11 / "Aarhus"); Verpflichtungskredit für Kauf	158
8. Dennigkofenweg, Sanierung und Umgestaltung; Abrechnung Verpflichtungskredit	161
9. Postulat 1 betr. "Klima und Biodiversität: Solarenergie-Verbund"; Zwischenbericht	162
10. Postulat 2 betr. "Klima und Biodiversität: Masterplan Smarte Aussenbeleuchtung"; Zwischenbericht	163
11. Motion Eugster (FDP): Schulinfrastruktur der Zukunft	163
12. Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen!	170
13. Postulat Häuselmann (forum): Verwendung von öffentlichem Grund für individuellen Botschafts-Schutz	173
14. Interpellation SVP/FDP: Überbauung "Zone mit Planungspflicht Turbenweg", auch "Kosmoos" genannt	175
15. Interpellation Racine (SP) und Grütter (SVP): Fragwürdige Kampagne der Gemeindebetriebe Muri (gbm)	177
16. Interpellation Fraktion forum: Sicherstellung der Ordnung und Hygiene an der Aare	177
17. Interpellation Beck (EVP): Verbot Werbeplakate für Bordell-Besuche	177
18. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	178
19. Neue parlamentarische Vorstösse	178

12. Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen!

Für den Gemeinderat spricht Martin Häusermann: Es ist unbestritten, die Lage auf den griechischen Inseln ist eine menschenunwürdige Situation für die Flüchtlinge. Es schmerzt, dass die europäische Staatengemeinschaft keine adäquate Antwort auf diese Flüchtlingssituation hat. Der Gemeinderat hat in seiner Botschaft die Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Staatsebenen aufgezeigt und insbesondere auch die Rolle der Gemeinde, und die an die Gemeinde übertragene Verantwortung erläutert. Der Gemeinderat will keine Druckmittel einsetzen. Druck erzeugt Gegendruck. Vielmehr setzt er auf eine gute und kooperative Zusammenarbeit unter den Akteuren. Selbstverständlich kann man zu dieser Motion geteilter Meinung sein. Dies zeigt zum Beispiel auch das Abstimmungsverhalten in Ostermundigen oder Köniz, wo ähnliche oder gleichlautende Vorstösse eingereicht worden sind. Das Parlament von Ostermundigen hat diese Motion – Irrtum vorbehalten – mit Stichentscheid der Präsidentin angenommen. Der Gemeinderat hat inzwischen auch schon kommuniziert, und das Parlament von Köniz hat gestern getagt, und dort hat der Gemeinderat einen Antrag auf Überweisung gestellt. Der Gemeinderat zeigt Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen des eingespielten Ablaufs im Asyl- und Migrationswesen aufzunehmen. Wir leisten unseren Beitrag, indem wir innerhalb der kommunalen Zuständigkeit gute Arbeit leisten und Rahmenbedingungen zur sozialen Integration schaffen. Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat die Ablehnung der Motion.

Als Erstunterzeichnende spricht Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir fordern mit unserem Vorstoss zwei Sachen: Einerseits durch den Anschluss an dieses Gemeindeforum den Druck auf den Bundesrat zu erhöhen, die Direktaufnahme von Flüchtlingen zu ermöglichen. Und zweitens soll sich unsere Gemeinde bereit erklären, Menschen aus den Flüchtlingslagern in der Ägäis aufzunehmen. Den ersten Punkt will der Gemeinderat, wir haben es gehört, nicht annehmen, weil er rein symbolischer Natur sei. Dazu möchte ich Folgendes festhalten: Es stimmt, dass Gemeinden aktuell nicht die Kompetenz haben für die Direktaufnahme, aber 38 Gemeinden in der Schweiz – darunter grosse Städte, aber auch kleine Gemeinden – wollen dies und sind in diesem Gemeindeforum zusammengeschlossen. Ein entsprechender Vorstoss ist auf nationaler Ebene überwiesen worden, nur ist es eben so, dass auf nationaler Ebene noch genau nichts passiert ist. Deshalb ist der Druck von unten, von den Gemeinden, nach wie vor sehr wichtig. Es waren auch die Gemeinden, welche den Bundesrat in jüngster Zeit davon abgehalten haben, Asylsuchende nach Afghanistan zurückzuschicken. Zum Glück, wie sich die Entwicklungen in der letzten Zeit gezeigt haben. Dieser Beitritt zum Netzwerk der Gemeinden ist ein Zeichen. Es ist ein Zeichen für Menschlichkeit, es ist ein Zeichen für die Verteidigung der Menschenrechte, ein Zeichen für die Kraft der Gemeinden, welche mithelfen wollen, dieses unsägliche Leid ein wenig abzumildern. Dieser Druck von unten ist nicht nur symbolischer Natur, sondern er kann viel bewirken. Zum Votum, welches wir vorher gehört haben, würde ich sagen, es ist nun eben nicht mehr die Zeit der eingespielten Abläufe, sondern es ist Zeit, etwas zu unternehmen gegen dieses unsägliche Leiden. Zum zweiten Punkt: Der Gemeinderat argumentiert, dass unsere Unterkünfte in der Gemeinde voll seien, und wir deshalb keine Geflüchteten direkt aufnehmen können. Wir meinen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es gäbe durchaus Möglichkeiten für die Unterbringung von Geflüchteten, von Menschen in der Not in Muri-Gümligen. Und eine reiche Gemeinde wie unsere steht erst recht in der Verantwortung. Zum Schluss möchte ich noch etwas ganz Persönliches deponieren. Ich bin im November 2015 zum ersten Mal Mutter geworden. Dannzumal ist die grosse Flüchtlingswelle auf Europa zugekommen. Mir ist damals so richtig bewusst geworden, wie zufällig eigentlich das Schicksal verteilt ist. Ich habe meinen Sohn hier in der sicheren Schweiz zur

Welt gebracht. Er hätte aber genauso gut in einem Flüchtlingslager in Griechenland geboren werden können mit dramatisch anderen Zukunftsperspektiven! Aus dieser Zufälligkeit ergibt sich für mich eine Verantwortung, uns für die Menschen in Not einzusetzen. Ich danke Euch, dass Ihr mithelft, heute Abend diesen Vorstoss zu überweisen.

Als Mitunterzeichnende spricht Karin Künti (SP): Ich erlaube mir, aus meiner Perspektive und auch im Namen unserer Fraktion das Votum von Franziska noch ein wenig zu ergänzen, und vielleicht noch ein wenig umzuformulieren. Der Gemeinderat hat in seiner Botschaft von einem Zeichen gesprochen. Wir sprechen immer wieder von Zeichen. Ja, setzen wir ein Zeichen der Humanität und der Solidarität im Blick auf die prekären Lebensbedingungen von Menschen, die auf der Flucht sind. So ein Zeichen ist wichtig. Ostermundigen – wir haben es gerade gehört – hat ein solches Zeichen gesetzt, auch wenn rechtliche und praktische Gründe zuerst dagegen sprechen mögen.

Zum rechtlichen Aspekt: es ist natürlich die Bundespolitik, welche in erster Instanz zuständig für die Aufnahme ist. Durch die signalisierte Bereitschaft, Geflüchtete auch wirklich aufnehmen zu wollen, können Gemeinden aber Einfluss nehmen und etwas Druck vom Bund wegnehmen. Das ist mehr als ein Zeichen, mehr als ein politisches Statement, sondern signalisiert Verantwortung angesichts des offensichtlich und masslosen Leidens und des dringend bestehenden Handlungsbedarfs.

Zum praktischen Aspekt ist zu sagen, dass der Spielraum, hier in Muri-Gümligen weitere Geflüchtete aufzunehmen, zwar begrenzt, aber vorhanden ist. Ich bin selber 2015 / 2016 in der NUK Siloah ein- und ausgegangen in meiner damaligen beruflichen Funktion, und es ist sonnenklar, dass es sich dabei um eine Notunterkunft handelt, die für besonders schutzbedürftige Personengruppen nicht wirklich geeignet ist. Aber, es besteht eine Not, und ich denke, dass die bestehenden Unterkünfte mindestens vorübergehend sicherer und geeigneter sind als alles, was in Moira zur Verfügung steht. Ich bin ausserdem davon überzeugt, dass sich auch bessere Unterbringungsmöglichkeiten finden liessen, in Zusammenarbeit mit Kirchen und Privaten vor Ort, welche sich bereits 2015 und 2016 mit grossem Engagement und grosser Solidarität für die Geflüchteten in der NUK eingesetzt haben.

Und zuletzt denke ich an die vielen an Leib und Leben gefährdeten Menschen, die sich jetzt aufgrund der Ereignisse in Afghanistan wieder auf die Flucht begeben müssen. Die Fluchtwege bleiben gefährlich und führen oft zu weiteren humanitären Katastrophen. Moira wird noch überfüllter sein – umso wichtiger ist es, SOFORT und über die bisherigen Bemühungen hinaus zu handeln. Unser Spielraum ist – wie in anderen Gemeinden auch – begrenzt, doch er ist da, und ich bitte Euch, dass wir diesen nutzen!

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen.

Weitere Wortmeldungen

Raphael Weibel (FDP): Nicht nur in der Ägäis, sondern im Moment auch in Kabul spielen sich dramatische Szenen ab. Es herrscht Chaos und Panik. Die Bilder aus Kabul gehen vielen von uns ans Herz und unter die Haut. Humanitäre Weckrufe sind derzeit einfach zu haben. Die Flüchtlingskrisen – von der

Ägäis bis hin zu Afghanistan – beschäftigen. Die Frage, wie können wir helfen, stellen sich alle. Doch das Richtige im richtigen Moment machen, müssen wir manchmal auch lernen zu akzeptieren. Die Schweiz verfügt über eine breit abgestützte Migrationspolitik mit einem funktionierenden Asylwesen. Der Bundesrat hat entschieden, primär rasch vor Ort Hilfe zu leisten. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR wird in seinen Bestrebungen unterstützt. Die Schweiz leistet Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe immer, und immer auch in einem Konflikt, soweit dies möglich ist. Die Schweiz hat gegenüber der internationalen Gemeinschaft die Verpflichtung, sich solidarisch zu zeigen und ihren Beitrag zur Bewältigung einer Krise zu leisten. Das tut sie mit langer Tradition und aus Überzeugung – und nicht im Alleingang. Wir könnten es gar nicht, weil, Ressourcen, welche es dazu braucht, Leute auszufliegen, Leute hierhin zu transportieren, Leute hier zu betreuen etc. – nicht nur Geldmittel – haben wir manchmal nicht, oder eben nur beschränkt. Nimmt der Bund Flüchtlinge auf, so sind die Kantone und Gemeinden verpflichtet, diese zu beherbergen. Das tun wir in Muri bei Bern – unsere Gemeinde hat das mehrfach unter Beweis gestellt. Ich bin überzeugt, dass man dies will und machen muss. Auch die Fraktion FDP. Die Liberalen trägt dieses Vorgehen voll und ganz. Der moralisierende Fingerzeig der Motion ist nicht angebracht. Wir kennen – und der Gemeinderat hat dies in seiner Antwort deutlich hinaus gestrichen – verschiedene Staatsebenen. Fragen der Asylpolitik liegen beim Bund. Es gibt eine Vielzahl von Organisationen und politischen Parteien, welche hier ihre Interessen intensiv und direkt auf Stufe Bund einbringen. Als Mitglied des GGR gestalten wir unsere Gemeindepolitik hier in Muri bei Bern. Dafür wurden wir gewählt. Gewiss fühlen sich einige Ratsmitglieder zu Höherem berufen, als bloss über Schulhaus-sanierungen oder Strassenbau-Abrechnungen zu tagen. Und oft dienen emotional vorgetragene Themen mehr der eigenen Profilierung als der Lösung von Zukunftsfragen unserer Gemeinde.

Unsere Parlamentssitzungen sind in den letzten Monaten auffällig länger, aber inhaltlich nicht immer substanzieller geworden. Das eigene Rollenverständnis verlangt, die Instrumente politischer Vorstösse auf unserer Gemeindeebene mit Bedacht und sachgerecht einzusetzen. Eine gewisse Bescheidenheit steht dabei jeder Gemeindepolitikerin und jedem Gemeindepolitiker gut an! Der Grosse Gemeinderat ist kein Bonsai-Nationalrat. Wir unterstützen die Haltung des Gemeinderats.

Die Vorsitzende: Ich möchte Euch bitten, Euch in Euren Voten auf das Wesentliche zu konzentrieren und nicht einzelne Mitglieder des Grossen Gemeinderats zu attackieren. Wir hatten vorhin bereits eine Diskussion. Es gibt einen gewissen Anstand hier. Ich habe es auch in meinem Antrittsvotum gesagt, als ich gewählt wurde, es hat jeder das Recht seine Meinung zu äussern, egal welche Politik er vertritt und welcher politischen Couleur er angehört. Es darf sich jeder hier zu Wort melden, und ich möchte Euch bitten, darauf zu verzichten, Euch danach gegenseitig dafür zu attackieren.

Walter Thut (forum): Ich hoffe, es ist ein anständiges Votum. Ein elendes Leben vermitteln uns diese Bilder aus den Flüchtlingslagern im Moment. In Afghanistan ist es ja auch nicht besser, dies haben wir vorhin gehört. In Syrien geht der Krieg in das 2. Jahrzehnt und am Horn von Afrika sind schon 60 Jahre Krieg. Viele haben bei uns ein besseres Leben bekommen, viele aber wurden abgewiesen und leben heute irgendwo anders in der Welt. Die schweizerische Flüchtlingspolitik ist Sache des Bundes, dies wissen wir. Wie sie auch immer ausgestaltet ist, sie macht nicht alle Bürger*innen zufrieden. Wegen so viel Leid der Welt gibt es neben staatlichen viele Privatinitiativen, Organisationen hier und dort, öffentliche Körperschaften, Kirchen z.B., welche sich neben den Landesregierungen für Linderung einsetzen. Auch wenn es dort, wo die Hilfe hingehet nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, so ist es hier nicht so, dass das Leben deswegen schwieriger würde. Da gibt es z.B. 38

Städte und Gemeinden, welche mit einem Zeichen – wir haben uns nicht abgesprochen wegen dem Wort "Zeichen" – die Eidgenossenschaft zu mehr Handeln auffordern. Im Bundeshaus soll man wissen, was die Menschen in diesem Land rührt. Wenn man diesen politischen Vorstoss, welchen wir hier heute Abend behandeln, formell beurteilt, dann lehnt man ihn ab. Wenn man aber zusammen mit Wohlen, Spiez, Ostermundigen, Köniz, Cormoret, Burgdorf, Biel und Bern ein Zeichen – es tut mir leid, dass es nochmals kommt – setzen will, und die Türe für die Schutzbedürftigen einen Spalt weit öffnen will, dann reiht man sich eben hier ein. Das zu entscheiden ist nicht immer einfach, und dies haben wir in der Fraktions-sitzung auch gespürt. Das forum hat sich nicht gerade aufgerieben, aber wir haben beides intensiv diskutiert, wissen wo das Herz ist, wissen aber auch, wo der Kopf ist. Und auch Ihr werdet es Euch nicht einfach gemacht haben bei dieser Vorlage. Danke für die Aufmerksamkeit!

Raphael Racine (SP): Ich werde dieser Motion klar zustimmen, befürchte aber gleichzeitig, dass sich wahrscheinlich hier im Saal keine Mehrheit dafür finden wird, oder ich bin gespannt. Ich habe noch "eine andere Piste" für den Gemeinderat: Im September 2020 hat sich der Gemeinderat angesichts des Brandes beim Flüchtlingslager Moria auf Lesbos bereit erklärt, CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk vor Ort zu spenden. Deshalb stelle ich mündlich an den Gemeinderat eine kleine Anfrage, dies ist vielleicht auch formell jetzt nicht korrekt, aber was soll's: "Kann sich der Gemeinderat vorstellen, angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan wiederum eine Spende in der Höhe von mindestens CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk für Flüchtlinge zu überweisen?"

Die Vorsitzende: Ich bin nun formell gerade etwas überfordert, wie wir dies entgegennehmen müssen. Ich weiss nicht, ob sich bereits jemand der Gemeinderäte dazu äussern möchte, oder ob man dies an der nächsten Sitzung beantworten will?

Ich schlage sonst vor, dass wir dies am Schluss entgegennehmen, wenn wir die Vorstösse behandeln, so hat der zuständige Gemeinderat Zeit, sich zu besprechen.

Das Schlusswort wird weder von Martin Häusermann (GR) noch von Franziska Grossenbacher (Grüne) oder Karin Künti (SP) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (GR-Antrag auf Nichtüberweisung: 19 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung)

Die Motion Grossenbacher (Grüne) / Künti (SP): #evakuieren JETZT – auch nach Muri-Gümligen! wird nicht überwiesen.

13. **Postulat Häuselmann (forum): Verwendung von öffentlichem Grund für individuellen Botschafts-Schutz**

Für den Gemeinderat spricht Carole Klopstein: Auch hier wissen wir, es handelt sich beim vorliegenden Sachverhalt um ein Thema, welches hoch emotional sein kann, und es kann durchaus sein, dass es in den Quartieren und bei den Bewohnenden der Quartiere auf Verunsicherung trifft. Dies entschärft sich natürlich nicht, indem noch ballistische Kabinen aufgestellt werden, vor allem wenn Botschaftsgebäude so oder so schon stark umzäunt sind und dadurch recht geschlossen wirken. Der Gemeinderat nimmt die entsprechenden Bedenken in der Bevölkerung wahr und ernst; allerdings sehen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten hier keine passenden Ansätze, wie wir dem Anliegen im Postulat nachkommen könnten. Wir haben versucht, dies hier ausführlich aufzuzeigen. Die Sicherheit und

**Einfache Anfrage Schmid (SP) / Zaccaria (SP) / Bircher (FDP)
Zeichen setzen**

Beabsichtigt der Gemeinderat, im Hinblick auf die eidg. Abstimmung über die "Ehe für alle" öffentlich Stellung zu beziehen und ein Zeichen zu setzen? Andere Gemeinden und Städte tun dies, indem sie Regenbogen-Fahnen aufhängen.



Begründung:

*Bei der überfälligen Ergänzung des Zivilgesetzbuches geht es um die Gewährung der verfassungsmässigen Rechtsgleichheit. Es stünde Muri-Gümligen als liberale Gemeinde gut an, hier ein sichtbares Zeichen zu setzen und Einwohner*innen, die zur LGBTQ-Community gehören, zu zeigen, dass ihre Wohn-gemeinde hinter ihnen steht.*

Muri, 24. August 2021

E. Schmid, A. Zaccaria, L. Bircher

S. Fankhauser, R. Racine, J. Brunner, K. Künti, G. Grossen, B. Gantner, M. Koelbing, W. Thut, K. Jordi, S. Eugster, B. Legler, R. Lütolf, M. Gubler, E. Zloczower, P. Messerli (18)

**Einfache Anfrage Zaccaria (SP):
Wo sind die Europaratsfahnen?**

Warum wurden in der Gemeinde Muri b. Bern anlässlich der 1. August-Feierlichkeiten 2021 – entgegen der Tradition der vergangenen Jahre – keine Europaratsfahnen gehisst?

Muri-Gümligen, 26. August 2021

A. Zaccaria

S. Fankhauser, K. Künti, J. Brunner, R. Racine, M. Koelbing, S. Eugster, B. Legler, M. Gubler (9)

Einfache Anfrage Racine (SP): Spende an ein Hilfswerk?

Kann sich der Gemeinderat vorstellen, angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan wiederum eine Spende in der Höhe von mindestens CHF 5'000.00 an ein Hilfswerk für Flüchtlinge zu überweisen?

Muri bei Bern, 24. August 2021

Raphael Racine

Die Antwort ist mündlich erteilt worden.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Ich komme zum Schluss der Sitzung.

Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer oder Sarah Schlumpf per Mail zu senden.

Ich wünsche Euch einen schönen Abend und hoffe, dass ich viele von Euch gleich noch am Apéro treffe, man muss auch nicht lange bleiben, doch es wäre sicher schön, wenn wir noch auf das erste Apéro dieses Jahres anstossen könnten. Das Datum des Parlamentsausflug habe ich Euch bereits kommuniziert, dieser findet – Stand heute, immer vorausgesetzt, dass es nicht neue Bestimmungen des Bundesrats gibt – am 28. Oktober 2021 statt. Das Detailprogramm steht noch nicht, wegen Corona ist es relativ schwierig, dies genau zu planen. Sobald ich mehr Infos habe, komme ich auf Euch zu. Die nächste Sitzung findet am 21. September statt, möglicherweise können wir noch nicht in die Aula des Moos-Schulhauses wechseln, weil wir dort die Abstände nicht einhalten können. Wir werden dies in den nächsten Tagen entscheiden. Eines ist sicher, sie wird nicht so lange gehen wie die heutige Sitzung, und ich hoffe auch, dass, wenn die Temperaturen und das Wetter noch gut sind, wir wiederum ein Apéro machen können.

Die Sitzung ist geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Patricia Messerli

Sarah Schlumpf